



Presseschau vom 20.05.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Novorosinform.org: Die Freiheit der Lüge oder wie die „Madonna von Gorlowka“ von den Russen erschossen wurde

Geschichte kann im Nu umgeschrieben werden, wenn man sich an die Ratschläge Brzezinskis und die Lehrstunden Goebbels hält.

Im Kiewer „Museum des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945“ (welches umbenannt werden soll in Museum der Kriege) wird die Ausstellung „Apocalypse des XX. Jahrhunderts. Weltkriege“ gezeigt.

„Jeder, der hierher kommt, kann sehen und erkennen, dass das Problem des nächsten Weltkriegs akut geworden ist. Und eben die Ukraine wird der Einstieg dafür sein. Die Verhängung von Sanktionen hat den Aggressor nicht gestoppt, gegen den wir uns zusammenschließen müssen...“, heißt es im Flyer, der für die Ausstellung vom Direktor des „Ukrainischen Instituts für nationale Erinnerung“ Wladimir Wljatrowitsch erstellt wurde (auf dessen Vorschlag hin es in der Ukraine verboten wurde, den Großen Vaterländischen Krieg bei seinem historischen Namen zu nennen).

Allerdings sind auf den Fotografien der Ausstellung getötete Einwohner des Donbass zu sehen, die durch die ukrainischen Strafruppen umgekommen waren. Nur werden sie in der Ausstellung als Opfer der russischen Aggression bezeichnet. Selbst das Bild der „Madonna von Gorlowka“ – die ermordete junge Mutter, die ihr totes Baby im Arm hält – wird schamlos für die ukrainische Lügenpropaganda benutzt.

Besonders schrecklich daran ist, dass die heranwachsenden jetzt Dreizehn- und

Vierzehnjährigen all dies glauben und für bare Münze nehmen... Man bereitet diese Jugendlichen schon jetzt darauf vor, die Russen für die von der Ukraine begangenen Verbrechen zu töten, und sie vom Gegenteil zu überzeugen wird später sehr schwierig werden, wenn nicht gar unmöglich.



[http://storage.novorosinform.org/cache/0/b/\(1\)_gorlovskaya_madonna.jpg/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/0/b/(1)_gorlovskaya_madonna.jpg/w644h387.jpg)

De.sputniknews.com: „Euronews lügt“ - Moskau fordert Entschuldigung

Euronews hat in einem Bericht über die Deportation der Krim-Tataren vor 72 Jahren die Zahl der Deportierten verzehnfacht. Moskau sieht darin eine absichtliche Irreführung des westlichen Publikums und fordert von dem europäischen Nachrichtensender eine Entschuldigung.

Im Mai 1944 waren bis zu 200.000 Krim-Tataren nach Zentralasien deportiert worden. Zu diesem Anlass finden auf der Krim in diesen Tagen mehrere Trauerveranstaltungen statt. Euronews hat in einem Bericht dazu die Zahl der Deportierten auf das Zehnfache „erhöht“. Während auf der russischsprachigen Euronews-Seite noch die korrekte Zahl von 200.000 steht, heißt es in dem englischsprachigen Bericht vom 19. Mai, „zwei Millionen“ Krimtataren seien deportiert worden. Moskau sieht darin keinen Zufall und fordert eine formelle Entschuldigung.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marina Sacharowa, schrieb in ihrem Facebook-Profil: „Das ist weder ein Tippfehler noch eine zufällig dazugeschriebene Null, denn die zwei Millionen sind im englischsprachigen Text in Worten geschrieben.“ Und weiter: „Wollen wir die Sache beim Namen nennen: Das ist weder Doppelmoral noch Voreingenommenheit mehr, sondern Lüge.“

Zum Zeitpunkt der Anfertigung dieses Artikels hat Euronews in dem Bericht die zwei Millionen auf 200.000 korrigiert.

Laut der Volkszählung von 1939 lebten auf der Krim zu Beginn des Krieges insgesamt 1,1 Millionen Menschen, davon rund 19 Prozent Krimtataren.

Gegenwärtig leben rund 260.000 Tataren auf der Krim. Sie machen rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel aus, die sich nach einem Referendum im März 2014 mit Russland wiedervereinigt hat.

Ein Monat nach dem Referendum unterschrieb Russlands Präsident Wladimir Putin einen Erlass über die Rehabilitierung der Krim-Tataren und anderer Völker der Schwarzmeerhalbinsel, die von stalinistischen Repressalien betroffen waren. Putin versprach den Krimtataren systematische Maßnahmen auf Staatsebene zur kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Rehabilitierung ihres Volkes.

www.euronews.com/2016/05/19/crimean-tatars-look-for-eurovision-boost-on-day-of-national-tragedy/



Try our new look
Visit our new beta website
have your say 72%

Most Viewed

Today Yesterday 7 Days

- 1 The nuclear waste site at the heart of Canada's wildfires
- 2 Terrorism likely cause of air crash in Egypt which kills 66
- 3 Washington could take part in EgyptAir investigation
- 4 Crimean Tatars look for Eurovision boost on day of national tragedy
- 5 EgyptAir crash: airline says Flight MS804 wreckage found

LATEST WORLD NEWS



Crimea's Tatars are remembering their great national tragedy, the mass deportation by Stalin in May 1944 of more than two million men, women, and children.

"The world cannot allow the repetition of the Crimean Tatars' tragedy"

Liberated from the Nazis only to be freighted like cattle to central Asia, nearly half died. Today again under Russian occupation, they were not allowed to commemorate the anniversary in their homeland, or in their historic capital of Bahchesaray in Crimea, where gatherings were banned. Some Tatars defied the ban to pray there.

"Ukraine and the world cannot allow the repetition of the Crimean Tatars' tragedy. Crimea was, is, and will be a part of Ukraine. And a criminal country will be pushed to return what is stolen," vowed Ukraine's President Petro Poroshenko.

<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30999/52/309995268.png>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen und dabei Mörser des Kalibers 120mm verwendet, die entsprechend den Minsker Vereinbarungen von der Kontaktlinie abgezogen sein müssten. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Zweimal wurde das Gebiet von Logwinowo beschossen, auf das aus Richtung Rassadki das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern und automatischen Granatwerfern eröffnet wurde. Aus Richtung Luganskoje haben die Kiewer Truppen das Gebiet von Kalinowka mit Antipanzergrenatwerfern eröffnet. Das Gebiet von Shelobok wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen, das Feuer kam aus Richtung Pritschepilowka. Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: OSZE erwägt Entsendung einer Polizeimission zu den Wahlen im Donbass

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) prüft laut dem Generalsekretär Lamberto Zannier die Möglichkeit, zur Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen im Osten der Ukraine eine Polizeimission zu entsenden. Sie würde auf den von den Volksmilizen kontrollierten Territorien agieren.

Diese Initiative müssen laut der Agentur Associated Presse alle Konfliktseiten im Donbass unterstützen. Danach könne die OSZE mehrere hundert Mann in die Region schicken, um dort während der Abstimmung für „Recht und Ordnung“ zu sorgen, so Zannier.

In der vergangenen Woche hatte der OSZE-Generalsekretär Kiew besucht, wo er erklärt habe, seine Organisation sei bereit, die Einrichtung einer Polizeimission in Südosten des Landes zu erörtern.

Die Abhaltung von Wahlen im Donbass ist eine Kernfrage bei den Verhandlungen. Die Behörden der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten die Wahlen bereits mehrmals verschoben, jetzt sind sie für den 24. Juli anberaumt.

Kiew schiebt seinerseits die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes immer wieder hinaus und begründet das mit der Notwendigkeit, die Sicherheit im Südosten des Landes zu

gewährleisten. In der Zentralen Wahlkommission der Ukraine ist man der Meinung, dass Wahlen dort erst in zwei Jahren möglich sind.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30999/56/309995641.jpg>

Dan-news.info: Die Idee Kiews, in den Donbass eine bewaffnete Polizeimission der OSZE zu schicken, widerspricht nicht nur den Minsker Vereinbarungen, sondern birgt auch die Gefahr, dass die internationalen Beobachter zu einer dritten Konfliktseite werden. Diese Auffassung äußerte heute auf der Volkssowjetsitzung der Leiter der Delegation der Republik bei den Minsker Vereinbarungen, der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin.

„Wir wissen, dass sich an der Kontaktlinie Menschen mit radikalen Ansichten befinden, die Provokationen gehen gerade von ihnen aus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese, um eine „dritte Kraft“ in den Krieg zu ziehen, die die Polizeimission sein wird, selbst sie vernichten werden und versuchen uns dessen zu beschuldigen“, sagte der Vorsitzende des Parlaments.

Puschilin unterstrich, dass die Regierung der DVR wie zuvor kategorisch die Möglichkeit der Stationierung einer bewaffneten Polizeimission im Donbass ausschließt „Wir haben nicht vor, eine solche Initiative zu unterstützen“, fasste er zusammen.

Wir erinnern daran, dass zuvor die Regierung der Republik mehrfach erklärt hat, dass die Stationierung einer neuen OSZE-Mission, die, wie es der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko ausdrückte, „gut mit schweren Waffen ausgerüstet ist“, nicht annehmbar ist. Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hatte insbesondere erklärt, dass ein solcher Schritt als ausländische Intervention bewertet wird und rief Kiew auf, reale Anstrengungen für die friedliche Regelung des Konflikts zu unternehmen „und nicht zu versuchen, mit den Händen der OSZE den Donbass zu besetzen“. Die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa wies auf den direkten Widerspruch zwischen der Initiative Poroschenkos und den in Minsk erreichten Friedensvereinbarungen hin.

De.sputniknews.com: Auf der Krim sind am Freitag erneut massive Stromausfälle registriert worden. Betroffen sind Großstädte wie Sewastopol, Simferopol, Jalta und Feodossia. Die Ursache ist vorerst unklar, wie der Gouverneur von Sewastopol, Sergej Menajlo, mitteilte. Auch in anderen Ortschaften gebe es keinen Strom, sagte Menajlo. „Die Ursache wird noch geklärt.“

Nach Sputnik-Informationen fiel die Stromversorgung zwischen 13:15 und 13.30 Ortszeit (12:15 und 12.30 MESZ) aus.

Wohnhäuser, Banken und Geschäfte sind ohne Strom. Staatliche Institutionen, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen, aber auch der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte werden per Dieselgeneratoren versorgt. Der Mobilfunk funktioniert mit Unterbrechungen.

In der vergangenen Woche hatte Russland eine weitere, bereits die vierte Energieleitung für die Krim in Betrieb genommen. Präsident Wladimir Putin verkündete damals, der Strombedarf der Schwarzmeerhalbinsel, die wegen der ukrainischen Blockade seit Ende November vom Stromausfall betroffen war, sei nun mehr als gedeckt.

Dnr-news.com: Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben zusammen mit der Nationalen Polizei der Ukraine eine Frau für 24 Stunden festgenommen, die mit der Verminung von 6 Metrostationen in Charkow gedroht hatte. Dies berichtet der Pressedienst des SBU.

Die anonyme „Terroristin“ erwies sich als eine 62jährige Einwohnerin Charkows, Anhängerin der kommunistischen Ideologie und aktive Teilnehmerin der Aktion „Antimaidan“. Ihre Schuld habe die Festgenommene zugegeben und erklärt, im Protest gegen die Umbenennung der Metrostationen gehandelt zu haben, hieß es in der SBU-Behörde.

Auf Grundlage der Materialien des SBU der Region Charkow wurde ein Strafverfahren....eingeleitet....



[05/1463735852_pm269image002.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-05/1463735852_pm269image002.jpg)

[http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-05/1463735852_pm269image002.jpg)

Novorosinform.org: Die Oberste Rada hat vom 1. Dezember an das Existenzminimum für arbeitsfähige Personen um ganze 2 Dollar - 50 Griwna auf 1600 Griwna erhöht. Dies berichtet „PolitNavigator“

Dieser Beschluss, ab 1. Dezember auch den Mindestlohn auf 1600 Griwna (65 Dollar nach dem aktuellen Wechselkurs) anzuheben, wurde von 248 Abgeordneten unterstützt.

Bis jetzt betrug der Mindestlohn in der Ukraine weniger als 43 Dollar und war damit geringer, als in vielen armen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. So beträgt der Mindestlohn z.B. in Bangladesh 145 US-Dollar. In Kambodscha sind es 130 Dollar. In afrikanischen

Ländern wie Ghana, Sambia, Gambia und Tschad beträgt der Mindestlohn 51 Dollar.

Nachmittags:

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen erpressen auf der von ihr kontrollierten Seite des Passierpunktes Staniza Luganskaja Geld von Einwohnern für von ihnen transportierte Lebensmittel und Setzlinge. Dies teilte während eines Besuchs am Passierpunkt der Assistent des Leiters des Grenzdienstes des Staatssicherheitsministeriums der LVR Witalij Agafonow mit.

„Am 30. April wurde von der ukrainischen Seite der Übergang über den Punkt „Staniza Luganskaja“ wieder in Betrieb genommen. Gleichzeitig vergrößerte sich nach der Öffnung dieses Punktes die Zahl der Beschwerden unserer Bürger an den Grenzdienst des Staatssicherheitsministeriums der LVR über die Aktivitäten der ukrainischen Seite“, sagte er. „Erniedrigungen, Beleidigungen, Eintreiben von Geld, Forderung nach Gebühren für den Transport von Lebensmitteln und die Verletzung von Bürgerrechten“, sagte der Vertreter des Ministeriums.

„Diese Handlungen der ukrainischen Seite können als provokativ eingestuft werden und zielen darauf, Unzufriedenheit bei unseren Bürger zu erzeugen und auf dieser Grundlage die Frage einer möglichen Schließung des Passierpunktes in Betracht zu ziehen“, erklärte Agafonow.

Die Worte des Vertreters des Staatssicherheitsministeriums bestätigen Einwohner, die unter anderem wie zuvor gezwungen sind in langen Schlangen zu stehen, um über den Passierpunkt von der ukrainischen Seite zu gehen.

„Sie benehmen sich dreist, widerwärtig. Sie durchsuchen Frauen. Ständig stinken sie nach Alkohol. Besonders dreist sind die, die nach Staniza selbst kommen – Schläger von den Nationalisten“, erzählte eine Einwohnerin von Staniza, die sich entschieden hat, ihren Namen nicht zu nennen.

„Mir ist das beispielsweise sehr unangenehm. Sie fühlen sich völlig als Hausherrn. Es gibt natürlich auch gute, die, die vom Ort kommen, aber das sind sehr wenige“, fügte sie hinzu.

„Verwandte von mir leben in Staniza Luganskaja. Sie können ihre Lebensmittel, die sie selbst angebaut haben, nicht ohne Bestechungsgelder nach Lugansk bringen“, sagte die Einwohnerin von Lugansk Jelena.

„Insbesondere sagte sie, sind nur zwei Kisten erlaubt. Für alles weitere verlangen sie Geld – 400 Griwna und mehr“, erklärte sie.

„Wohin schaut die OSZE, die angeblich eine neutrale Position einnimmt und die Verstöße kontrollieren soll, aber tatsächlich wird von jener Seite das Gesetz ständig verletzt und sie kontrollieren nur uns, gewöhnliche Einwohner?“, fragte die Luganskerin.

De.sputniknews.com: Am ersten Tag des Treffens der Nato-Außenminister hat die Allianz, wie erwartet, mit Montenegro ein neues Mitglied aufgenommen, berichtet die Zeitung „Kommersant“ am Freitag.

Bei dem Treffen sei vor allem die „Bedrohung aus dem Osten“ aktiv erörtert worden. Vor dem Nato-Gipfel in Warschau im Juli soll es nun noch weitere Großmanöver in dieser Region geben. Aus der Nato habe es allerdings geheißt, die Manöver wären schon lange vor der Krise mit Russland geplant worden und hätten ausschließlich „Verteidigungscharakter“. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg kündigte vor Beginn der Ministersitzung die Themen

an: die Unterzeichnung des Protokolls zum Beitritt Montenegros zu dem Militärbündnis, die Pläne der Nato zur Finanzierung der Armee Afghanistans bis 2020 sowie einen Ausbau der Aktivitäten im Schwarzen Meer. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung eines Dialogs mit Russland in einer Zeit wachsender Spannungen.

Laut Stoltenberg wird im Mittelpunkt des bevorstehenden Nato-Gipfels in Warschau die Frage stehen, wie am besten die Stabilität außerhalb der Allianz gewährleistet werden könne. „Wenn die Situation bei unseren Nachbarn stabil ist, sind auch wir sicherer“, sagte Stoltenberg und erwähnte dabei den Irak, Libyen und die Situation im Mittelmeergebiet. Dabei schließe die Nato nicht aus, dass sich die Ereignisse tatsächlich eher zum schlimmeren Szenario hin entwickeln würden und deswegen besondere Aufmerksamkeit auf die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Allianz gelegt werden müsse.

Bei dem letzten Nato-Gipfel in Wales 2014 waren unter anderem die Modernisierung der Streitkräfte sowie die Schaffung von Schnellen Einsatztruppen beschlossen worden, die innerhalb von 48 Stunden an jedem Ort der Erde stationiert werden könnten. Nach zwei Jahren kann man bereits vorläufige Schlussfolgerungen ziehen – die Truppen wurden eingerichtet und üben in Übungsmanövern mögliche Szenarien.

Am Mittwoch war ein spanisches Schiff mit etwa 500 Einheiten Militärtechnik und mehreren hundert Militärs der Schnellen Einsatztruppen im polnischen Stettin eingelaufen. Sie werden bis zum 27. Mai bei den Übungen „Brilliant Jump“ eingesetzt, einer Übung zur überschnellen Verlegung großer Truppen in ein Konfliktgebiet.

Am 7. Juni beginnen in Polen die nächsten, noch größeren Übungen „Anakonda“. Wie es aus dem Nato-Hauptquartier hieß, werden an dem Manöver bis zum 17. Juni etwa 31.000 Militärs, 105 Luftfahrzeuge, 2920 Transportfahrzeuge und zwölf Schiffe eingesetzt. Es sind die ersten Nato-Übungen in Polen mit einem solchen Ausmaß.

Gleichzeitig werden Militärs aus Nato-Ländern auch an weiteren Übungen teilnehmen: Saber Strike und Baltops in den baltischen Staaten und Swift Response in Polen und Deutschland. Am Donnerstag erst waren die internationalen Übungen Dragon Pioneer und Spring Storm in Moldawien und Estland zu Ende gegangen.

De.sputniknews.com: Der massive Stromausfall auf der Krim ist nach nur einer halben Stunde offenbar beendet worden. Russlands Energieminister Alexander Nowak teilte mit, die Energieversorgung sei in vollem Umfang wiederhergestellt worden...

[Dnr-online.ru/Youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:](http://Dnr-online.ru/Youtube-Seite-des-Verteidigungsministeriums-der-DVR)

Pressekonferenz des Kommandeurs des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR Generalmajor Denis Alexandrowitsch Sinenkow (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) In der Zeit vom 14. bis 20. Mai wurden in den untergeordneten Truppenteilen und Einheiten alle Maßnahmen gemäß Plan erfüllt, die hauptsächlich sind:

- in den Abteilungen wurden Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt;
- während der Entminung von Gebieten entlang der Abgrenzungslinie wurden 25 Objekte entschärft.

Die Überführung der Waffen und Militärtechnik in den Sommermodus ist abgeschlossen. Im Verlauf der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen täglich die Beschüsse des Territoriums der DVR verstärkt. Insgesamt haben die Strafruppen 2806 Mal das Territorium der Republik beschossen, darunter 1044 Mal mit schweren Waffen.

Am intensivsten wurden die Ortschaften an der Kontaktlinie in Richtung Gorlowka und Donezk beschossen.

In der Folge der Beschüsse der Strafruppen starben drei Soldaten und drei wurden verletzt. Von den ukrainischen Truppen wurden sechzehn Häuser in Sajzewo, Gorlowka, Staromichajlowka und Nikolajewka beschossen sowie ein Getreidelager in Dokutschajewsk vollständig zerstört.

Die Vergrößerung der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte hat das

Ziel, unsere Truppen zur Erwidern des Feuers zu provozieren, um die Lage im Donbass zu destabilisieren. Aber unsere Abteilungen halten die Minsker Vereinbarungen ein, zeigen Zurückhaltung und reagieren nicht auf Provokationen der ukrainischen Truppen.

Im Verlauf der Arbeit der Vertreter der OSZE-Mission auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien wurde in dieser Woche das Fehlen folgender Systeme in den Abzugsorten festgestellt:

8 152mm-Haubitzen „Msta-B“ ;
18 152mm-Haubitzen „Giazint“;
5 Mörser des Kalibers 120 und 82mm;
8 Panzer.

Ein großer Teil der genannten Mittel wird für die provokativen Beschüsse des Territoriums der DVR verwendet.

Außerdem hat unsere Aufklärung eine Zunahme der Kräfte und Mittel des Gegners an der Kontaktlinie festgestellt:

In Richtung Donezk – um 12 152mm-Haubitzen „Msta-B“, 30 Panzer, sechs 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“, acht Einheiten Panzertechnik und 22 Lastwagen mit Munition. Außerdem sind im Gebiet von Slawnoje und Sladkoje 400 Mann aus dem Bataillon „Ajdar“ eingetroffen,

in Richtung Gorlowka – um sechs Mehrfachraketenwerfer „Grad“ und 15 Lastwagen mit Munition für diese, ein Panzer und 22 Einheiten Panzertechnik;

in Richtung Mariupol – um fünf Artilleriegeschütze, fünf Mehrfachraketenwerfer „Grad“, sechs Panzer, 18 Einheiten Panzertechnik. Außerdem traf in Wolnowacha zur Entladung eines Zugs mit reaktiven Geschossen für Mehrfachraketenwerfer „Grad“ ein. In vier Waggons des Zugs befanden sich 2000 Stück 122mm-Munition.

All diese Fakten zeugen vom Unwillen Kiews, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten, die, nach den Vorbereitungen zu urteilen, die ukrainische Seite zum Scheitern bringen will.

Von unserer Aufklärung wurde im Verlauf der letzten zwei Wochen eine aktive Vorbereitung der ukrainischen militärischen Strukturen zur Durchführung einer großen blutigen Provokationen unter Anwendung von Luftangriffswaffen in der Zeit vom 20. bis 22. Mai im Gebiet von Awdejewka, Nowotroizkoje, Wolnowacha festgestellt, um dann die Führung der Streitkräfte der DVR und der RF der massenhaften Opfer unter den friedlichen Einwohnern und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu beschuldigen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass ein ukrainisches Flugzeug getarnt als russisches beteiligt ist.

Die hauptsächlichen Anzeichen für eine Vorbereitung der ukrainischen Truppen zu Diversionen sind:

- am 5. Mai wurde von unserer geheimdienstlichen Aufklärung eine Information erhalten über die Vorbereitung des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zur Anwendung von Luftangriffswaffen von irregulären Starteinrichtungen vom Typ, der auch von den IS-Terroristen verwendet wird;

- am 11. Mai wurde im Gebiet von Kurachowo von örtlichen Einwohnern ein Flug eines Su-25-Flugzeugs auf niedriger Höhe aus der Tiefe der Ukraine in Richtung Kontaktlinie und zurück beobachtet, nach ihren Worten mit russischen Erkennungsabzeichen;

- am 16. Mai wurde von unserer Aufklärung der Transport von Luftangriffswaffen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte nach Awdejewka in das Gebiet des Kulturhauses festgestellt. Wir nehmen an, dass die Strafruppen diese Waffen für den Abschuss von irregulären Starteinrichtungen auf die kokschemische Fabrik verwenden werden, die sich 5 km westlich von diesem Ort befindet. Ende April diesen Jahres wurde nach Angaben unserer Aufklärung den Soldaten der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte, die sich in diesem Gebiet befinden, Schutzausrüstung gegen chemische Stoffe ausgegeben.

- Am 16. Mai fiel ein Dokument in unsere Hände mit der Anmerkung „unverzögliche, einzelner Auftrag“, das Anweisungen des stellvertretenden Verteidigungsministers der Ukraine zu Fragen europäischer Integration I. Dolgow an den stellvertretenden Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Generaloberst G. P. Worobjew und andere Personen enthielt, die Arbeit von fünf ausländischen Journalisten im Gebiet vom Awdejewka im Zeitraum vom 16. bis 22. Mai zu garantieren. Eine von Ihnen ist Darina Maier, eine Produzentin des britischen Fernsehsenders BBC. Solche Anweisungen sind kein Standard

und zeugen von der Erfüllung eines speziellen Auftrags der ukrainischen Spezialdienste durch die Journalisten in der „ATO“-Zone.

Am wahrscheinlichsten sind die Überlegungen der ukrainischen Spezialdienste so, dass die Teilnahme des Flugzeugs mit der Symbolik Russlands das Ziel hat, gefälschte Beweise der Schuld des benachbarten Staats am Tod von friedlichen Einwohnern im Gebiet von Awdejewka und einem anderen Ort zu produzieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das ukrainische Flugzeug einen demonstrativen Flug entlang der Abgrenzungslinie durchführte, damit sein Flug von vorbereiteten Zeugen und Vertretern ausländischer Medien festgehalten wird. Damit nach der blutigen Provokationen durch die ukrainische Regierung dieses Video als Beweis der Schuld Russlands ins Netz gestellt werden kann.

Ein Hinweis darauf, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte vorhat, auch seine Soldaten als Opfer zu nehmen, ist die zielgerichtete Sprengung der Brücke über die Kamenka im Bereich von Nowoselowka Wtoraja an der Straße Donezk-Konstantinowka am 15. Mai. Gemäß den Überlegungen des ukrainischen Militärkommandos sollen provokative Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Positionen der Streitkräfte der DVR Gegenschläge auf die Zusammenballung von Abteilungen der ukrainischen Armee hervorrufen. Mit diesem Ziel sind am 17. Mai genaue Angaben aus einer unbekanntenen Quelle über die Lage der ukrainischen Abteilungen im Gebiet von Awdejewka südöstlich der Kamenka, darunter eines Kommandopunktes des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade eingegangen. Die Informationen werden von unserer Aufklärung überprüft.

Auf diese Weise hat die Regierung der Ukraine ein weiteres Mal beschlossen, ein blutiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, und wir sind verpflichtet es zu verhindern. Wir unsererseits rufen die gesamte Weltgemeinschaft auf, den Präsidenten der Ukraine Pjotr Poroschenko, den „blutigen Friedensstifter“ zu stoppen, der das Ziel verfolgt, den Krieg im Donbass mit neuer Kraft zu entfachen.

De.sputniknews.com: Kiew: Nationalisten-Massen demonstrieren vor Parlament gegen Donbass-Wahlen

Anhänger der nationalistischen Gruppierungen Bürgerkorps und Regiment Asow sind durchs Kiewer Stadtzentrum zum ukrainischen Parlament gezogen, wie ein Korrespondent der Agentur RIA Novosti berichtet. Sie fordern eine klare Ablehnung der Lokalwahlen im Osten des Landes.

Die großenteils verummumten Radikalen zündeten Rauch- und Feuerwerkskörper. Um das Parlamentsgebäude herum sei die Luft deshalb bereits von beißendem Rauch erfüllt, berichtet der Reporter. Die Menschenkolonne soll den Verkehr auf der zentralen Gruschewski-Straße im Regierungsviertel blockiert haben. Auf dem Platz vor der Rada sollen auch Vertreter des rechtsextremistischen Rechten Sektors mit ihren Flaggen aufgelaufen sein.

Die Demonstranten forderten von der Regierung, bis zur Wiederherstellung der Kontrolle über die gesamte Staatsgrenze keine Wahlen im Donbass durchzuführen.

Gegenwärtig bilden die Radikalen eine Kolonne, um den Parlamentsvorplatz wieder zu verlassen.

Nach Angaben der Kiewer Polizeiverwaltung seien etwa 2.000 Polizisten und Kämpfer der Nationalgarde im Einsatz.

Die Wahlen im Donbass sind eine Kernfrage bei den Verhandlungen zur Beilegung der Ukraine-Krise. Die Behörden der beiden selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben die Abstimmung bereits mehrmals verschoben, nun sind sie für den 24. Juli 2016 anberaumt. Kiew schiebt seinerseits die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes immer wieder hinaus und begründet das mit der Notwendigkeit, die Sicherheit im Südosten des Landes zu gewährleisten. In der Zentralen Wahlkommission der Ukraine ist man der Meinung, dass Wahlen im Donbass erst in zwei Jahren möglich seien.

Das Bataillon Asow gehört zum Bestand der Östlichen operativ-territorialen Vereinigung der Nationalgarde der Ukraine und nimmt aktiv an den Kampfhandlungen im Donbass teil.

Medienberichten zufolge sollen viele Asow-Kämpfer rechtsradikal und neonazistisch eingestellt sein. Im Jahr 2015 hatte sogar das Repräsentantenhaus des US-Kongresses dem Bataillon Asow sämtliche Unterstützung untersagt.

<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/f56rkyHt6Hs" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/f56rkyHt6Hs>

De.sputniknews.com: Extrem bis auf die Klappbetten: Radikale Partei der Ukraine droht mit Rada-Blockade

Die nationalistische „Radikale Partei“ der Ukraine will laut ihrem Chef Oleh Ljaschko das ukrainische Parlament wegen der aktuellen Offshore-Affäre ganztägig blockieren und, falls nötig, auch in Klappbetten in der Werchowna Rada nächtigen.

In den unlängst veröffentlichten Dokumenten der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca mit Sitz in Panama, die laut der Süddeutschen Zeitung beweisen sollen, dass mehrere Spitzenpolitiker und ihr Umfeld in illegale Offshore-Geschäfte verwickelt seien, fand sich auch der Name des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Abgeordnete der „Radikalen Partei“ hatten darum in der letzten Woche die Rednertribüne blockiert, was die übrigen Abgeordneten jedoch nicht bei deren Arbeit behinderte.

„Stehen macht müde Beine nicht klüger. Deshalb haben wir jetzt Klappbetten ins Parlament gebracht. Und falls heute unsere Verordnung angenommen und die Frage zum Einsatz einer Untersuchungskommission nicht behandelt wird, erklären wir das Parlament ganztägig für blockiert — einschließlich der Übernachtungen auf Klappbetten im Parlament“, wie Fraktionschef Ljaschko gegenüber Journalisten mitteilte.

Zuvor hatte der rechte Politiker die Absicht bekundet, wegen der Beteiligung Poroschenkos an Offshore-Geschäften ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten anzustrengen.

Laut der SZ-Publikation soll Poroschenko im Jahr 2014 angeblich eine Offshore-Firma auf den Virgin-Islands gegründet haben, um sein Business in treuhänderische Verwaltung zu übergeben.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen

Das internationale Komitee vom Roten Kreuz übergab der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa eine Liste von Gefangenen, die von der ukrainischen Seite festgehalten werden. Dies teilte heute der Apparat der Bevollmächtigten mit.

„Vertreter des IKRK haben der Bevollmächtigten der Republik Darja Morosowa eine Liste von 131 Gefangenen übergeben, 50 davon waren zuvor nicht bekannt“, heißt es beim Apparat.

„Die Liste wurde von Vertretern des IKRK aufgrund von Besuchen in Gefängnissen in der Ukraine zusammengestellt“, erklärte der Apparat der Bevollmächtigten. „Beim Studium dieser Liste wurde uns klar, dass über das Schicksal von 50 Menschen, die dort aufgelistet sind, zuvor nichts bekannt war, weil ihre Verwandten sie nicht gemeldet hatten und Kiew über diese Menschen geschwiegen hat“.

Beim Apparat wurde unterstrichen, dass alle Menschen auf der Liste – darunter auch die zuvor unbekannt, sobald eine Überprüfung ihrer Identität stattgefunden hat, auf jeden Fall dem Austausch von Gefangenen entsprechend den Minsker Vereinbarungen unterliegen. Es wird auch festgestellt, dass der Gesundheitszustand vieler Gefangener schlecht ist.

„Es gibt Fälle von hartem, unmenschlichem Umgang mit unseren Gefangenen“, sagte Morosowa. „Menschen, die noch im September 2015 gefangen genommen wurden, wurden einige Male aus dem dritten Stock geworfen, ihr Gesundheitszustand ist kritisch“.

Außerdem werden nach den letzten Informationen, über die der Apparat der Bevollmächtigten verfügt, in den Gefängnissen der ukrainischen Seite mehr als 959 Menschen festgehalten, wobei nur etwa ein Drittel von ihnen Soldaten ist. Außerdem gelten

etwa 500 Menschen als vermisst, ein Teil von ihnen könnte sich auch in Gefangenschaft befinden.

Wir erinnern daran, dass der Gefangenen austausch im Jahr 2016 zwischen der DVR und der Ukraine am 20. Februar stattfand, damals wurden sechs Menschen aus ukrainischer Gefangenschaft befreit. Später im gleichen Monat machte die DVR den Vorschlag über einen weiteren Austausch nach der Formel „25 gegen 50“, aber Kiew bestand darauf, diesen Austausch etappenweise vorzunehmen, was für die Republik unannehmbar ist.

In der letzten Woche sind beim der Bevollmächtigten der Republik zwei Erklärungen über Gefangenennahmen eingegangen. Ebenfalls wurden zwei Menschen als vermisst gemeldet.

De.sputniknews.com: Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) und der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) können demnächst eine gemeinsame Freihandelszone bilden, wie Russlands Präsident Wladimir Putin am Freitag beim Russland-ASEAN-Forum in Sotschi sagte...

„Ich denke, es gibt die Möglichkeit einer perspektivischen Gründung einer gemeinsamen freien Handelszone zwischen der EAWU und der ASEAN. Damit könnten wir auch etwas zur Schaffung der asiatisch-pazifischen Freihandelszone beitragen“, sagte Putin.

Russland werde diese Möglichkeit nun mit seinen Kollegen aus der EAWU – Kasachstan, Weißrussland, Kirgisien und Armenien – erörtern. Regionale Integrationsvereinigungen spielen Putin zufolge eine immer bedeutsamere Rolle in der Weltwirtschaft.

Sowohl in der EAWU als auch der ASEAN werden derzeit einheitliche Regeln für einen freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften geschaffen. Dabei erinnerte Putin daran, dass sich die Arbeit der EAWU auf die WTO-Vorschriften stütze. Insgesamt gehe es bei dieser Frage um einen riesigen Markt mit etwa 180 Millionen Verbrauchern, deren Potential bereits Vietnam bewertet habe, mit dem schon ein Abkommen zur Bildung einer freien Handelszone abgeschlossen worden sei...

De.sputniknews.com: Die russische Wirtschaft hat laut Präsident Wladimir Putin unter den ungünstigen äußeren Bedingungen ihre Stabilität bewiesen. Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise in Russland ist nach der Einschätzung des Staatschefs bereits 2015 überwunden worden.

Russlands Auslandsverschuldung sei eine der niedrigsten weltweit, die Arbeitslosenzahl sei mit knapp sechs Prozent gering, teilte Putin am Freitag beim Russland-Asean-Gipfel in Sotschi mit. Er verwies darauf, dass Russland 2015 trotz Problemen noch einen Handelsüberschuss von 160 Milliarden US-Dollar verbucht habe.

Putin lobte die Anti-Krisen-Maßnahmen der Regierung und die Währungspolitik der Zentralbank. Diese hätten zur Folge, dass sich die russische Wirtschaft angepasst habe und der Umfang der Goldreserven mit 391,5 Milliarden US-Dollar (per 1. Mai) weiterhin groß sei. „Der Tiefpunkt der Krise war 2015 und ist schon vorbei, was auch von Experten anerkannt wird“, konstatierte Putin.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen versuchen, Positionen an der Abgrenzungslinie im Verantwortungsbereich der LVR einzunehmen. Dies teilten heute Soldaten der Volksmiliz der LVR mit, die Dienst auf den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk tun.

Die Soldaten berichtete, dass in der letzten Zeit die ukrainische Seite die aktiven Arbeiten zum Ausbau weiterer Befestigung wieder aufgenommen haben und sich schrittweise an die Positionen der Abteilungen der LVR und der DVR annähern.

„Zurzeit verhält sich die Gegenseite tagsüber gewöhnlich „schweigend“, aber nachts dringen Diversionsgruppen vor, schießen mit Mörsern, Granatwerfern. Wir erwidern das Feuer nicht“, sagte der Soldat eines Bataillons der Volksmiliz der LVR mit dem Codenamen „Miron“.

„Sie versuchen es, weil der Waffenstillstand schon recht lange läuft und sie sich auch schon lange verschanzt haben, aber jetzt haben sie begonnen, sich näher heran zu bewegen und neue Befestigungen auf dem neutralen „grauen“ Territorium zu bauen“, erklärte er.

„Sie kommen auf eine Entfernung von 600-700 Meter, um die Möglichkeit zu haben, mit Maschinengewehren und Granatwerfern auf unsere Punkte zu schießen“, erzählte „Miron“. Er fügte hinzu, dass die Positionen der Volksmiliz weiterhin unter Anwendung von Waffen, die schon im Jahr 2015 hätten abgezogen werden müssen, beschossen werden.

„Mit 120mm- und 80mm Mörsern schießen sie vom südlichen Rand der Stadt, ebenfalls schießen sie regelmäßig mit Panzertechnik. Das müssen die Beobachter hören, die sich in Swetlodarsk befinden. Sie schießen auf unsere Positionen, ohne das vor irgendwem zu verstecken“, sagte der Soldat.

Der Soldat mit dem Codenamen „Pulja“ erzählte, dass die größten Aktivitäten von den Kämpfern der nationalistischen Bataillone ausgehen.

„Sie sind entschiedener eingestellt, aber wenn sie erwischt werden, sagten sie natürlich, dass sie gezwungen wurden, nicht gekämpft haben, nicht wollten“, sagte er. „Ja und sie haben wesentlich weniger Erfahrungen, weil sie nur wenig gekämpft haben und zu Hause waren und wir schon zwei Jahre an der Front sind“.

„Zwei Jahre lang haben wir Kampferfahrung gesammelt, wir wissen, wie wir uns unter Kriegsbedingungen verhalten, wir haben eine kämpferische Einstellung. Während der Kämpfe sind durch ständige Übungen unsere Fähigkeiten gewachsen und wir sind bereit, unsere Städte zu befreien, wenn die Ukraine einen weiteren Krieg will“, versicherte der Soldat der Volksmiliz.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute tagsüber 51 Mörsergeschosse auf den **nördlichen Rand von Donezk** und die Außenbezirke von Jasinowataja und Dokutschajewsk abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Die Beschüsse der Umgebung des „Volvo-Zentrums“, des Territoriums des Flughafens, **Spartaks**, der Umgebung von **Jasinowataja** und **Dokutschajewsk** haben gegen 11:00 begonnen. Der letzte Beschuss erfolgt bis jetzt um 16:00. Insgesamt wurden 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 37 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in den Gebieten von Peski, Awdejewka, Opytnoje, Nowotroizkoje und aus dem Gebiet des Ventilationsschachts des Butowskaja-Bergwerks.

Abends:

De.sputniknews.com: Atommeiler des Kernkraftwerks Süd-Ukraine abgeschaltet
Ein Block des Kernkraftwerks Süd-Ukraine ist heruntergefahren worden, wie der ukrainische Energieminister, Igor Nassalnik, mitteilt.

„Sogar jetzt ist es zu einem Stopp im Kernkraftwerk Süd-Ukraine gekommen, buchstäblich vor 30 Minuten“, erklärte der Minister am Freitag in der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament.

Er äußerte seine Besorgnis über das häufige Herunterfahren von Reaktorblöcken in den Kernkraftwerken des Landes.

Das Kernkraftwerk Ukraine-Süd befindet sich südlich der Stadt Juschnoukrajinsk am Ufer des Flusses Südlicher Bug im Gebiet Mykolajiw. Eigentümer und Betreiber ist das Nationale Atomenergie-Unternehmen (National Nuclear Energy Generating Company) Energoatom. Das Kernkraftwerk gehört zum südukrainischen Energiekomplex.

Dan-news.info: Die ukrainische Regierung hat die Anklagen gegen 28 in Gefangenschaft genommene Menschen fallen gelassen, darunter Soldaten der DVR und politische Gefangene. Dies teilte heute der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte mit.

„In dieser Woche traf im Büro der Bevollmächtigten die Information ein, die die bedingte Freilassung von neun Soldaten der Republik, einem Zivilisten und 18 politischen Gefangenen durch die ukrainische Seite bestätigte“, heißt es beim Apparat. Die Bevollmächtigte für Menschenrechte Darja Morosowa erklärte gegenüber DAN, dass die genannten Personen jetzt dem Gefangenenaustausch unterliegen und auf dem von Kiew kontrollierten Territorium festgehalten werden. „Sie werden ungesetzlich festgehalten, obwohl die Anklagen fallen gelassen wurden“, unterstrich die Bevollmächtigte. „Sie sind prozessual frei, aber werden weiterhin ungesetzlich im Gefängnisystem der Ukraine festgehalten“. Morosowa sagte, dass viele Gefangene, die zuvor von Kiew den Volksrepubliken im Rahmen von Gefangenenaustauschen übergeben wurden, eine analoge Prozedur durchlaufen haben, unter anderem ein orthodoxer Priester, der am 20. Februar 2016 befreit wurde.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben mit dem Beschuss von **Sajzewo** am nördlichen Rand von Gorlowka begonnen. Dies teilte heute die Leiterin der Ortsverwaltung Irina Dikun mit.

„Gegen 19:10 begann ein Beschuss unseres Ortes, das Feuer ist sehr intensiv. Die Bevölkerung der Lisjanskij- und der Karbyschew-Straße sind in Kellern und Unterständen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Nach ihren Angaben schießt die ukrainische Seite von den Positionen im benachbarten Showanka. Informationen über Verletzte und Zerstörungen wurden noch geprüft.

De.sputniknews.com: In der Hoffnung auf Nato-Beitritt: Poroschenko will Armee umstrukturieren

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat eine Umstrukturierung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit seines Landes zum Zweck eines Nato-Beitritts angekündigt, wie er in einem Facebook-Post mitteilte.

„Wir gehen endlich weg vom Aufbausystem der sowjetischen Armee und bauen nun reale und effektive Streitkräfte auf“, so Poroschenko.

Am 22. April sagte der US-Botschafter in der Nato, dass es in naher Zukunft nicht möglich werde, die Allianz zu erweitern.

Einen Tag zuvor hatte der ukrainische Präsident erklärt, dass Kiew sich der Gründung einer Schwarzmeer-Flottille unter der Führung der Nato anschließen wolle.

Im Dezember 2015 erwähnte Poroschenko, das zentrale außenpolitische Ziel der Ukraine sei ein Beitritt zur Europäischen Union und zur Nato.

Facebook-Seite von Alexej Granowskij:

Das Gute siegt immer

Am 20. Mai 2016 fand in Debalzewo ein Treffen von Timur-Einheiten (Pionierorganisation,

die ihren Ursprung in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion hat, Anm.d. Übers.) statt. Mehr als 100 Menschen – Aktivisten der schulischen Selbstverwaltung, des Rats der höheren Klassen und Vertreter der Timur-Einheiten - waren auf der Veranstaltung. Die Versammlung eröffnete der Bürgermeister der Stadt A. Ju. Rejngold. „Ihr befindet Euch jetzt in dem Ort und der Zeit, wo Geschichte gemacht wird. Auf der Versammlung sind die initiativsten, zielstrebigsten jungen Menschen, die den Wunsch haben nicht nur zuzusehen, was geschieht, sondern auch selbst am Aufbau der Zukunft in der Praxis, in der Tat schon heute teilzunehmen. Ich bin überzeugt, dass ihr in eurem Leben viele gute Dinge schaffen werdet, eure Lebensprinzipien verteidigen könntet und eure Position in der Gesellschaft deutlich machen, dass ihr wirklich stark und gerecht sein werdet“, unterstrich Alexandr Jurjewitsch gegenüber den jungen Leuten.

Unter den Ehrengästen des Treffens waren der Gründer der Timur-Bewegung in Debalzewo, der ehemalige Bürgermeister der Stadt und jetzige Minister für Industrie und Handel der DVR A. I. Granowskij, der Sekretär der Stadtorganisation der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ R. N. Kuksa, der Sekretär der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ W. A. Muraj, Vertreter der Stadtverwaltung.

Der Leiter der Bildungsabteilung W. W. Chilobok erzählte den Anwesenden von der Geschichte der Schaffung der Bewegung in der Stadt, die jungen Leute berichteten über die getane Arbeit.

Für ihren wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Timur-Bewegung in Debalzewo wurden die besten Schüler und Timur-Einheiten vom Bürgermeister ausgezeichnet und die besten Erwachsenen – der Bürgermeister A. Ju. Rejngold selbst und der Sekretär von „Donezkaja Respublika“ R. N. Kuksa wurden bei den Timur-Pionieren (als Ehrenmitglieder) aufgenommen.

Die Erwachsenen erzählten den Schülern von ihrer Kindheit bei den Pionieren und der Gast des Treffens E. Gutorow – Dichter und Musiker, sang für die jungen Leute einige seiner Lieder. Wie es sich gehört, hat heute in Debalzewo wieder das Gute gesiegt!



https://scontent-amt2-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/13263782_247206802303000_669590189502933040_n.jpg?oh=d6626e0e049a476278c1a63dcc70defa&oe=579A7942



[https://scontent-
amt2-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-
9/13254466_247247808965566_7540471146017050103_n.jpg?oh=ce0b57ed8492b46cd89b
1ec636f6504e&oe=57DC6165](https://scontent-amt2-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/13254466_247247808965566_7540471146017050103_n.jpg?oh=ce0b57ed8492b46cd89b1ec636f6504e&oe=57DC6165)